



## Medienmitteilung

Zürich, 6. November 2020

### **Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 9. November 2020**

Fokusthema: **Bildung**

#### **Dringliche Vorstösse zu Corona-Einschränkungen und kriminellen Ausländern**

Der Zürcher Kantonsrat wird sich am Montag zu Beginn der Sitzung mit zwei dringlichen Postulaten auseinandersetzen. FDP-Kantonsrat Marc Bourgeois ersucht mit Unterstützung der SVP den Regierungsrat zu prüfen, wie den von den Corona-Massnahmen besonders betroffenen Branchen während der kälteren Jahreszeit die Geschäftstätigkeit erleichtert werden kann ([KR-Nr. 315/2020](#)). Denkbar seien unter anderem vereinfachte Bewilligungen für sogenannte Fahrnisbauten (wie Zelte oder Baracken) oder eine unbürokratische Erweiterung der Öffnungszeiten. Der Regierungsrat beantragt die Ablehnung des Postulates und verweist unter anderem darauf, dass schon jetzt das notwendige Augenmass angewendet werde. Indes ist der Regierungsrat bereit, ein dringliches Postulat von SVP-Kantonsrat René Truninger zur Analyse der Anwendung der Härtefallklausel entgegenzunehmen ([KR-Nr. 341/2020](#)). Mit dem von FDP und EDU unterstützten Vorstoss, wird der Regierungsrat ersucht, in einem Bericht aufzuzeigen, in wie vielen Fällen und mit welcher Begründung im Kanton Zürich gegenüber straffälligen Ausländern die Härtefallklausel angewendet wird. Das neue Ausschaffungsrecht gibt den Gerichten die Möglichkeit, von der obligatorischen Landesverweisung ausnahmsweise abzusehen, wenn diese für den Betroffenen einen schweren persönlichen Härtefall bewirken würde.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich), 079 219 95 38  
René Truninger (SVP, Illnau-Effretikon), 079 445 35 75

#### **Unumstrittene Jahresberichte der Universität und der Fachhochschule**

Kaum eine hitzige Debatte dürfte es zu den Jahresberichten der Universität Zürich ([5609](#)) und der Zürcher Fachhochschule ([5611](#)) – bestehend aus der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) und der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZH) – geben. Die Fraktionen nutzen zwar gewöhnlich die Möglichkeit, um auf für sie relevante Punkte in den Berichten hinzuweisen. Die Genehmigung der Berichte ist jedoch unumstritten, sie wird von der Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG) einstimmig beantragt.

ABG-Präsidentin: Claudia Wyssen (GLP, Uster), 078 684 77 28

#### **Neuordnung der Personalkategorien an Fachhochschulen**

Die Personalkategorien der Fachhochschulen sollen neu geordnet und die Anforderungen klarer umschrieben werden. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, verschiedene Änderungen des Fachhochschulgesetzes anzunehmen ([5589](#)). Für die Nachwuchsförderung können neu Qualifikationsstellen geschaffen werden. Die Zahl der Professorinnen und Professoren, welche die Hauptverantwortung für die Entwicklung ihres Fachgebietes tragen, soll auf höchstens einen Drittel der Dozierenden beschränkt werden. Eine Minderheit der Kommission möchte die Anzahl Professorenstellen vom Bedarf abhängig machen und betrachtet die Entwicklung eines Fachgebiets als Teamaufgabe. Sie beantragt zudem, die Mitglieder der Hochschulleitung durch den Fachhochschulrat wählen anstatt sie durch die Rektorin oder den Rektor anstellen zu lassen.

KBIK-Präsident: Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36  
Minderheit AL: Judith Stofer (AL, Zürich), 079 280 89 02

## **Vorstösse zu Schulorganisation und nachhaltiger Entwicklung**

In der allenfalls verbleibenden Sitzungszeit wird der Kantonsrat ein paar der zahlreichen traktandierten Vorstösse behandeln, welche die Bildungsdirektion betreffen. SVP-Kantonsrat Matthias Hauser fordert mit Unterstützung von FDP und EVP, dass der Unterricht in verschiedenen Anforderungsstufen in der Sekundarschule auch innerhalb einer Stammklasse möglich sein soll ([KR-Nr. 210/2018](#)). Der Regierungsrat lehnt den Vorstoss ab. Er befürchtet, dass ein zusätzliches schulorganisatorisches Modell – neben den mindestens acht bestehenden Möglichkeiten – die bereits heute schlechte Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Organisationsvarianten für Eltern und Lehrmeister zusätzlich erschweren würde. Zudem sei das gleichzeitige Führen von drei Anforderungsstufen innerhalb eines Klassenverbands für eine einzelne Lehrperson organisatorisch sehr aufwendig. Karin Fehr Thoma, Kantonsrätin der Grünen, bittet den Regierungsrat, den aktuellen Stand der Verankerung und Umsetzung der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) auf allen Stufen des Zürcher Bildungssystems sowie den Handlungsbedarf zur Weiterentwicklung der BNE zu beschreiben ([KR-Nr. 229/2018](#)). Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen. Weil die SVP eine Diskussion beantragt hat, wird der Kantonsrat nach einer Debatte über die Überweisung des Vorstosses entscheiden müssen.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen), 076 372 87 51

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

## **Persönlich**

Zwischen den dringlichen Postulaten und den Jahresberichten der Bildungsinstitutionen wird der Kantonsrat fünf Ersatzwahlen von Kommissionsmitgliedern durchführen. Dabei kommt es zu mehreren Rochaden. Claudio Schmid (SVP, Bülach) soll Maria Rita Marty (SVP, Volketswil) in der Justizkommission (JUKO) ersetzen ([KR-Nr. 398/2020](#)), Maria Rita Marty soll dafür den Platz von Nina Fehr Düsel (SVP Küssnacht) in der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) übernehmen ([KR-Nr. 403/2020](#)). Nina Fehr Düsel soll für René Isler (SVP, Winterthur) in der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) Einsitz nehmen ([KR-Nr. 402/2020](#)), während dieser Paul Mayer in der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ersetzen soll ([KR-Nr. 399/2020](#)). Und schliesslich soll Susanna Lisibach (SVP, Winterthur) für Claudio Schmid in die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) gewählt werden ([KR-Nr. 400/2020](#)). Die Wahlvorschläge der Interfraktionellen Konferenz (IFK) sind unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Bischoff (AL, Zürich), 079 211 81 66

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:

Roman Schmid, Kantonsratspräsident, 079 581 88 00

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12